Ausgabe 5 MÄRZ 2012

NETZEIT

EINE ZEITUNG DES ARMUTSNETZWERKES

SOZIALE INFORMATIONEN - BERBER-INFO - MENSCHENRECHTE - INTEGRATION

Obdachlose in Europa rücken zusammen

Der Austausch zwischen Ländern der Europäischen Union hat begonnen

Vom 7. bis 10. Februar besuchten Mitglieder der Eunion of homeless (EUH) und des Armutsnetzwerkes aus Belgien und Deutschland das neue Mitglied der EUH, A Város Mindenkié in Ungarn, sowie verschiedenen Einrichtungen der Obdachlosenhilfe in Budapest.

Der Name „A Város Mindenkié“ heißt ins deutsche übersetzt: Die Stadt ist für alle da. Unsere ungarischen Freunde hatten nach 16 Stunden Fahrt für eine gute Unterbringung im Hostel des Ungarischen Sozialhilfeverbandes gesorgt.

Erstes Treffen mit den Vertretern von A Város Mindenkié in Budapest.

Tessza Udvarhelyi, Aktivistin in der Obdachlosenhilfe hatte einen kleinen Kreis Gleichgesinnter um sich versammelt, die sich ehrenamtlich um die Probleme der Wohnungslosen in Budapest kümmerten. Keiner von ihnen war allerdings selbst ein Betroffener. Um die Arbeit aber direkter zu gewährleisten, kam es dann später zur Gründung von A Város Mindenkié (AVM). Diese Organisation hat derzeitig ca. 50 Mitglieder, zumeist Obdachlose und keinerlei hierarchische Strukturen. Es gibt keinen Sprecher oder Chairman. Die Gruppe bestimmt jedes Mal temporär Beauftragte, die bestimmte Aufgaben übernehmen. Die AVM ist in Budapest überall präsent, Aushänge an Haltestellen, öffentlichen Gebäuden usw.

Während unseres Besuches kamen immer neue wechselnde Mitglieder dazu. Die Sprachverständigung lief über englisch, deutsch und teilweise französisch. Die EUH legte ihre Ziele dar: Information über die bestehenden Gesetze in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und die Darstellung der Realität im täglichen Leben wurden ausgetauscht. Die ungarischen Partner beantworteten alle unsere Fragen bereitwillig und es wurden, wie erwartet erhebliche Unterschiede in den sozialen Strukturen zu unseren Ländern, Deutschland und Belgien, festgestellt. Eine Aufstellung der Fakten wird durch die EUH fertiggestellt. Nach Abstimmung mit der AVM werden sie dann auf der Webseite veröffentlicht.

Gleichzeitig wurden die bisherigen Strukturen von Homeless People (HOPE) dargestellt, eines weiteren europäischen Netzwerkes, das sich ausschließlich mit den Problemen der Obdachlosen befasst und deren inhaltliche Arbeit noch konkret formuliert werden muss.

Es tauchte dabei mehrfach die Frage auf, ab wann die EUH und HOPE denn nun zusammenarbeiten wollen. Diese Reise sei der erste Versuch einer Zusammenarbeit. Die Frage, warum gerade in Ungarn, war nur mit den anstehenden Terminen zu beantworten.

Gemeinsam besuchten wir eine große, gerade baulich fertig gewordene Einrichtung der Obdachlosenhilfe. Dort sind Nachtunterkünfte und Tagesaufenthaltsmöglichkeiten für einige 100 Betroffene entstanden. Das große Gebäude beherbergt eine Polizeistation. Der Leiter dieser Station erläuterte uns die Aufgaben der Polizei in diesem Bereich. Die Station wurde nach seinen Aussagen eingerichtet, um die Nachbarschaftsverhältnisse zu den umliegenden Wohngebieten zu regeln. Wir konnten die Station besichtigen.

weter auf Seite 2

In dieser Ausgabe

Seite 1
Obdachlose in Europa rücken zusammen
Der Austausch zwischen Ländern der Europäischen Union hat begonnen

Seite 2
Obdachlose in Europa rücken zusammen
Impressum

Seite 3
600 Kälteopfer in Europa
Die Eunion of homeless

Seite 4
300.000 Menschen können nicht richtig heizen
Belgien - 50.000 Wohnungslose?

Man versicherte, dass die dort eingebauten zwei Zellen nicht zur zwangsweisen Unterbringung von Obdachlosen dienten. Die Unterbringung in der Übernachtung sei absolut freiwillig. Der Polizeivertreter betonte, dass eine Zwangseinweisung von Obdachlosen erst nach wiederholten Verstößen gegen die bestehenden Gesetze erfolgte. Wohin blieb offen.
In Budapest gibt es geschätzte 10.000 Obdachlose. Für sie stehen ca. 6.000 Übernachtungsmöglichkeiten bereit. Anders als in Deutschland gibt es in Ungarn eine hohe Zahl von Obdachlosen, die einer Arbeit nachgehen, sich aber eben eine eigene Wohnung nicht leisten können. Diese nutzen dann die vorhandenen Services.

Autarkes wohnen im "Sharewood Forest"

Völlig autark wohnen etwa 14 Personen im "Sharewood Forest" einem Wäldchen in Budapest. Herzliche Menschen, die aber völlig alleingelassen um ihr Überleben kämpfen. Wir konnten dieses Minidorf nur dank der Kontakte zum AVM besuchen. Die einzige finanzielle Unterstützung, die sie vom Staat unterhalten sind 20 Euro pro Quartal und Person, allerdings auch erst nach Antragstellung. Beim Ausfüllen der Formulare stehen die Mitglieder des AVM mit Rat und Tat zur Seite.

Am gleichen Tag waren wir eingeladen in die In den Redaktionsräumen der einzigen Straßenzeitung in Budapest mit dem Namen "Fedél Nélkül", übersetzt "Obdachlos".

Finanziert wird die Zeitung vom Obdachlosenservice Menhely und kostet 30 Forint. Davon behalten die Verkäufer 15 Forint (1 € ca. 300 HUF). Die 16-seitige Zeitung erscheint monatlich, die Auflage beträgt 5.000 Stück. Der Verkauf ist trotz Ausstattung mit speziellen Ausweisen schwierig.

Weitere Treffen mit Vertretern von drei Obdachloseneinrichtungen.
Menhely: Eine größere Einrichtung mit drei Tagesaufenthalten, neun Übernachtungsstellen und einem Streetworker-Services mit mehreren Mitarbeitern. Shelter House Foundation: ein Tagesaufenthalt, eine Übernachtungsstelle, zwei Unterkünfte für Familien und Trist: eine Tageseinrichtung

Die Mitarbeiter der Einrichtungen erläuterten uns die Struktur der Sozialhilfe in Ungarn. In Ungarn gibt es keine Sicherung eines Minimaleinkommens. Nach Verlust von Arbeit meldet man sich bei einem Jobcenter. Man erhält im ersten Monat etwa 60% des letzten Einkommens als Arbeitslosengeld, maximal aber 150 Euro.

Das Arbeitslosengeld kann weitere drei Monate gezahlt werden bei absolut aktiver Mithilfe bei der Arbeitssuche. Danach erhält man neun Monate keinerlei Unterstützung. Nach einem Jahr kann man dann Sozialhilfe bekommen. Sie beträgt 18 Euro im Monat.

Das Durchschnittseinkommen in Ungarn liegt bei 500 €. Die Wohnungsmiete für eine kleine Wohnung (20 qm) 100 Euro plus 15 Euro Nebenkosten. Es sind nicht genügend Sozialwohnungen vorhanden. Es gibt aber die Möglichkeit einer Heimunterbringung. Da kostet die Miete aber auch 20 Euro im Monat. Standard sind hier 4-Bett-Zimmer.

Ein Besuch im Budapester "Methodological Center of Social Policy and its Institutions" rundete den Arbeitsbesuch ab. Das Center ist die kapazitätsmäßig größte Obdachloseneinrichtung mit drei Wohnheimen, zehn temporären Übernachtungsstellen, fünf Tageseinrichtungen, zwei Serviceeinrichtungen für Familien mit Kindern und drei medizinischen Hilfeeinrichtungen.

Sherwood Forest – Bewohner und Besucher

Impressum

Herausgeber

www.armutsnetzwerk.de

Redaktion:
Angela Whyte, Dietmar Hamann
Presserechtlich verantwortlich:
Jürgen Habich
24539 Neumünster, Segeberger Str. 40
netzeit@t-online.de

Wir veröffentlichen auch Leserzuschriften, behalten uns aber redaktionelle Kürzungen vor

600 Kälteopfer in Europa

Europaabgeordnete der LINKEN wirft Regierungen der EU-Mitgliedstaaten eklatante Versäumnisse vor

"Das eklatante Versäumnis der Regierungen in den EU-Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, endlich verbindliche Ziele im Kampf gegen Armut, Obdachlosigkeit und Energiearmut zu vereinbaren, ist mit verantwortlich für den Kältetod Hunderter von Menschen!" Der Zusammenhang zwischen Armut, Wohnungslosigkeit und der Gefahr zu erfrieren, ist offenkundig. Die meisten Menschen, die erfrieren oder mit schweren Erfrierungen in die Krankenhäuser kommen, sind Wohnungslose.

"Menschen erfrieren aber auch zunehmend in unbeheizten Wohnungen", so Gabi Zimmer (MdE), Aufgrund massiv steigender Energiekosten können immer weniger Menschen ihre Energierechnungen zahlen. Seit der Liberalisierung der Energiemärkte steigen die Preise für Gas und Öl eklatant. DIE LINKE fordert daher die sofortige Einführung von Sozialtarifen.

Zimmer: "Um Kartellbildungen und Preisabsprachen in der Energiewirtschaft dauerhaft zu verhindern muss es eine wirksame Strom- und Gaspreisaufsicht geben". Die Europaabgeordnete bemängelt seit Langem, dass es in der EU weder gemeinsame Indikatoren noch einheitliche Ziele im Kampf gegen Armut gibt.

Foto: Dietmar Natthies

Als Berichterstatterin* hat Zimmer bereits 2008 einen Katalog von Forderungen entwickelt: "Es muss endlich um EU-weite soziale und ökologische Mindeststandards gegen Armut, Wohnungslosigkeit und Energiearmut gehen! Wir müssen ganz klar feststellen, wie viel Energie Menschen zum Heizen und zum Kochen brauchen, um in Würde leben zu können. Davon ausgehend muss geklärt werden, wie hoch der Anteil der Ausgaben für Heizungskosten am monatlichen Haushaltseinkommen im Höchstfall sein darf, beispielsweise nicht mehr als 10%. Die Mehrkosten sollten dann von den Energieunternehmen getragen werden." "Politisches Handeln ist jetzt gefordert! Der Versuch, die Finanz- und Schuldenkrise vor allem durch die rabiate Senkung der Sozialausgaben zu lösen, verschärft die Not für die betroffenen Menschen", so Zimmer abschließend.

Bereits heute sagt die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe einen weiteren dramatischen Anstieg der Wohnungslosen in Deutschland um 10 bis 15% bis zum Jahre 2015 voraus.

Die Eunion of homeless

Die Notwendigkeit der Gründung eines europäischen Partizipations-Netzwerkes der Wohnungslosen setzte sich während der “Europäischen Anhörung wohnungsloser Menschen 2010” durch, die im Rahmen der “Europäischen Konsensuskonferenz der Wohnungslosigkeit” am 9. und 10. Dezember 2010 in Brüssel stattfand.

Die Idee eines solchen Netzwerkes kam von allen Teilnehmern gemeinsam, Politikern, Wissenschaftlern, den Dienstleistern und den Wohnungslosen selbst. Die Gründung eines europäischen Partizipations-Netzwerkes Wohnungsloser ist ebenso ein Vorschlag der “politischen Empfehlungen der Jury der Konsensuskonferenz”.

Nach zwei Tage langen Gesprächen am 12. und 13. Mai 2010 in Brüssel gründeten Vertreter von vier Selbsthilfeorganisationen aus vier EU-Ländern die “European Union of Homeless” (EUH). Dem „Comité Des Sans Logis France“, dem „Daklozen Aktie Kommitee The Netherlands“, dem „Front Commun SDF Belgium und dem „Armutsnetzwerk Germany“. Neu hinzugekommen ist jetzt „A Város Mindenkié“ aus Ungarn.

Die EUH hat noch keine Organisationsstruktur und auch noch keine legale Rechtsform. Es gibt ein vorläufiges Kommitee, das aus vier Personen besteht, jeweils einer aus jeder der vier Organisationen.
Im Mai 2012 werden wir ein großes Treffen in Brüssel abhalten. Dort werden wir gemeinsam über die Struktur und über die Schaffung einer legalen Rechtsform entscheiden. Andere Selbsthilfeorganisationen werden die Möglichkeit zum Beitritt erhalten.

300.000 Menschen können nicht richtig heizen

Wien (15.2.12): So geht Sparkurs in Österreich. Nach Angaben der österreichischen Sozial-NGO Volkshilfe frieren rund 300.000 Menschen. „Im reichen Land Österreich müssen Menschen bei klirrender Kälte frieren. Mehr als 300.000 Menschen in Österreich müssen beim Heizen sparen und können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. In den Sozialberatungsstellen der Volkshilfe stehen die Telefone schon lange nicht mehr still“, sagt Erich Fenninger und warnt die Regierung davor, bei ihren Sparpaket bei den Ärmsten zu sparen.

Seit 2000 sind die privaten Mieten mehr als doppelt so stark in die Höhe gegangen (plus 22 Prozent) wie die Inflation (plus 9 Prozent) und die Löhne (plus 10 Prozent). Das zeigt eine aktuelle Studie der Arbeiterkammer. Aber nicht nur die Mieten steigen, auch die Kosten für Heizen und Strom explodieren. Im Vergleich zum Vorjahr wurden beispielsweise Gas um 13,4 Prozent Heizöl um 25,5 Prozent teurer.

Besonders schwierig macht es die Interessenlage, denn der Staat verdient an steigenden Mieten mit, denn in Österreich wird die Miete mit 20 % Mehrwertsteuer belastet. Dies schafft soziale Ungleichheit und belastet Geringverdiener besonders.

Umverteilung dringend nötig

„Im Vergleich zum Jahr 2000 hat ein Haushalt derzeit durchschnittliche Mehrausgaben von 1.300 Euro pro Jahr für die Miete. Eine Umverteilung ist dringend notwendig“, sagt Fenninger und betont: „Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Das Sparpaket darf diese Entwicklung nicht unterstützen.“ Während zum Beispiel

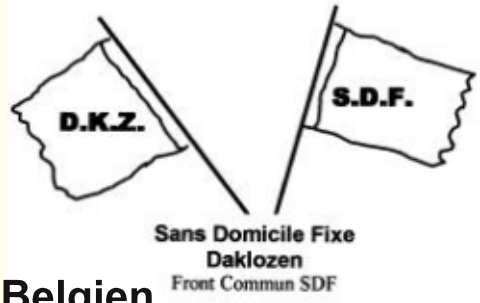
Foto: s.media / pixelio.de

die Einnahmen der ImmobilienbesitzerInnen immer mehr zulegen, steigen die Löhne der MieterInnen weitaus weniger stark.

Die Volkshilfe fordert gezieltes Gegensteuern. Steuererhöhungen, die eher Einkommensgruppen mit hoher Sparneigung belasten, bremsen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wesentlich weniger als ausgabenseitige Kürzungen (WIFO). „Wir fordern den Ausbau von Steuern auf Vermögen und Grundbesitz sowie Investitionen in die Bildung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik“, so Fenninger. Aber auch die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten wäre eine gute Idee.

www.volkshilfe.at

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung beträgt in Östereich 752,94 Euro Als Vermögensfreibetrag für Ersparnisse ist der fünffache Wert der monatlichen Leistung vorgesehen (€ 3.764,70).
Die Mindestsicherung gliedert sich in einen Betrag zur Deckung des Lebensbedarfs und einen zur Deckung des Wohnbedarfs (= 25% des Regelsatzes). Wer in einer Eigentumswohnung lebt, bekommt keinen Wohnbedarf. Wird durch den pauschalierten Wohnbedarf der reale Wohnbedarf nicht gedeckt, so kann weiterhin Wohnbeihilfe beantragt werden.



Belgien 50.000 Wohnungslose?

Die Medien haben eine Information verbreitet, die in Belgien viele, vor allem die Flamen erschüttert hat. Tatsächlich weiß man, dass in Belgien noch keinerlei offizielle Definition zur Feststellung der Wohnungslosigkeit vorhanden ist. Außerdem gibt es Unklarheiten zwischen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit. Das Erste ist auf der Straße, in einer Notschlafstelle oder in einem besetzten Haus leben. Das zweite ist ohne ein Zuhause: ohne eigenen Wohnraum in dem er Freunde empfangen kann auch wenn er einen Wohnsitz hat und Lokalisierbar ist.
Wenn man nun ausschließlich Menschen, die tatsächlich auf der Straße leben als Obdachlos bezeichnet werden es in Brüssel 2000, in Anvers 1000 und damit in ganz Belgien wahrscheinlich 5000 sein.
Wenn man hingegen die Definition, die von der FEANTSA für die Europäische Union vorgeschlagen wird (Ethos Definition), als Grundlage nimmt explodieren die Zahlen buchstäblich, weil man die, die zeitweise bei Freunden oder Familie, in ungesundem Wohnraum, in Einrichtungen, Gartenlauben, Immigranten die in Wohnwagen leben, dazu zählen muss.
Dann wären es 30.000, 50.000 oder 80.000, es ist schwer da einen Überblick zu bekommen.

Aber auf jeden Fall leben diese Personen in unwürdigen Verhältnissen in einem Land in dem über 20% der Bevölkerung sich eine Wohnung für 2000 Euro im Monat bezahlen können.

Jean Peeters (Belgium)